

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

172 (28.7.1920)



# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 6.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelerempl. 25 J. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Russisch-polnischer Krieg.

#### Polnischer Seeresbericht.

Warschau, 27. Juli. Seeresbericht vom 26. Juli. Die feindlichen Abteilungen, die längs der Chaussee Grodno-Bialystok angegriffen haben, haben Solotta genommen. Unsere Abteilungen wehren in schweren Kämpfen Angriffe aus der Rinte Solotta ab. In der Eisenbahnlinie Wolowitsch-Terenoha hat der Feind die Station Swistotsch genommen. An der Jasielba hat die 16. polnische Inf.-Division alle feindlichen Angriffe in der Gegend von Staryustaja-Berefa abgewehrt. Im Süden haben unsere Abteilungen unter dem Druck des Feindes Brody abgegeben. Nördlich davon kämpft unsere Kavallerie und Infanterie. Bei Berefetschko mit feindlicher Kavallerie. Westlich von Zarnopol in der Gegend von Jbarch und Chorki Weite leisten unsere Abteilungen gegen die nach Westen vordringende feindliche Infanterie- und Kavallerieabteilungen erhöhten Widerstand. Am Dniestr haben die Bolschewiken bei Zwanie Bucht im Abschnitt der ukrainischen Truppen den Übergang über den Dniestr erzwungen und Wladimire genommen. Der Kampf dauert fort.

#### Zuversicht Trotskys.

Amsterdam, 27. Juli. Eine holländische Meldung vom 24. Juli besagt: Trotski sagte in einer Rede, Polen werde binnen kurzem aufhören, ein definitiver Puffer gegen Rußland zu sein. Es werde vielmehr eine rote Brücke für die soziale Revolution in Westeuropa werden. Dies sei auch der Grund, weshalb die Entente die Unterstützung Polens lieberhaft steigere und weshalb die Bolschewiken bemüht seien, die Herrschaft der „weißen Rana“ unwiderstehlich und endgültig zu zerstören, bevor Hilstruppen antworten könnten.

#### Ungehaltene Transporte mit Kriegsgerät.

Sambura, 27. Juli. Nach Mitteilung des „Fremdenblattes“ haben etwa 1000 Arbeiter einen Transportzug tschechoslowakischer Kriegsgerätengüter in Hamburg am Weiterfahren verhindert, da sie in ihm französische Truppen vermuteten. Ein aus Berlin kommender sozialdemokratischer Parteigenosse gesteht, dass er die durchsuchte den Zug, und festzustellen, ob tatsächlich französische Truppen darin vorhanden seien. Es stellte sich jedoch heraus, daß nur tschechoslowakische Munition im Zuge waren. Eine große Menge Waffen und ein Wagen mit Munition wurden ausgeladen. Der Zug konnte nach dieser Unterbrechung wieder weiterfahren.

Leipzig, 27. Juli. Wie den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ aus Koethen gemeldet wird, passieren heute morgen mehrere Transportzüge mit angeblich tschechoslowakischen in der Richtung Halle-Leipzig den Bahnhof Koethen. Die Bahnarbeiter glauben, daß es sich um Ententetruppen für Polen handele, da die Soldaten in Abfahrräumen gekleidet waren und beschloßen, den Weitertransport der Züge zu verhindern.

#### Die tschechische sozialistische Arbeiterschaft gegen den Krieg.

Prag, 27. Juli. Gestern fand hier eine große Kundgebung der sozialistischen Arbeiterschaft statt gegen die kriegerischen Absichten Englands und für den Frieden mit Sowjetrußland. In einer von der Versammlung angenommenen Entschließung wird die Regierung kategorisch aufgefordert, ohne Rücksicht auf die Entente mit der russischen proletarischen Regierung in freundschaftliches Verhältnis zu treten. Zugleich wird erklärt, daß sich das Proletariat der tschechischen Mittel beehren werde, um jede Unterstützung eines kriegerischen Einfalls zu verhindern.

#### Ein Abkommen der Unabhängigen mit der Sowjetregierung?

Die „Magdeburger Zeitung“ meldet: In der Nacht vom 26. Juli brachte ein Kurier ein Exemplar eines Abkommens, das in Rom am 17. Juli zwischen dem Abgeordneten der Sowjetregierung und den Vorstehenden der Unabhängigen Hilferding und Dr. Lech abgeschlossen worden war. In dem Bericht heißt es u. a.: Nach Ueberbreiten der Grenze durch die Sowjettruppen wird sofort die bolschewistische Republik ausgerufen, zuerst in Königsberg, Riga, Danzig, Breslau, Götting, Frankfurt a. O., Mainz, Weimar und Straßburg. Diese Städte und das zwischen ihnen liegende Gebiet dienen als Operationsbasis und Aufmarschplätze der sich sammelnden deutschen Armee, die unter russischer Kommando gestellt wird. Oberkommandierender ist General Janischewski. In diesem Gebiet treten sofort folgende Maßnahmen in Wirksamkeit: Es werden alle Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte, die nicht Reichssozialisten sind, ihres Amtes entsetzt. Reichssozialistische Beamten vorliegend aufgeführter Kategorien erhalten in einen Kommunisten und einen Unabhängigen als Beirat. — Das revolutionäre Tribunal tritt als Volksgesicht sofort in Wirksamkeit. Verurteilt werden zuerst politische Verbrecher. Die Richter sind sofort auf die Sowjetregierung zu vereidigen. — In den Städten sind sofort Bürgerversammlungen einzuberufen. Die Magistratsräte werden sofort durch Kommissionen der in den Orten befindlichen kommunistischen und unabhängigen Truppen übernommen werden. — Sämtliche Industriebetriebe gehen sofort ohne Gehalt in den Besitz des Staates über. Kriegswirtschaftliche Betriebe unterstehen den militärischen Truppenkommandos, die sich vorläufig aus Russen und Deutschen zusammensetzen. Die Zwangsverwaltung wird aufgehoben. Mädereien, Fleischerien und Konsumvereine werden Staatsbetriebe. Lebensmittel jeder Art gelten als lebenswichtig für Zivil und Militär. Lebensmittelgeschäfte werden aus der polnischen Entente entnommen die zu zwei Dritteln nach Deutschland geschafft wird. — Den Sicherheitsdienst übernehmen mit der Polizei kommunistische Ordnungsstruppen, die aus Leuten der deutschen Volkspolizei der roten Armee bestehen, die bereits in Rußland bei der roten Armee gekämpft haben. Der bestehende Nachrichtendienst wird aufgehoben. Er ist neu zu organisieren und steht unter Leitung von Kommissionen. — Die rote Armee beschützt das Proletariat vor Aus-

beutung durch das Unternehmertum und sammelt sich alle freiwillig geformten Arbeiter, die zungangsweise zu Arbeiterbataillonen zusammengestellt werden. Sie sorgt für Ruhe und Ordnung und schützt das Eigentum des Proletariats. Sie schützt die Beschlüsse der Kommissionen des Staates und der Gemeinden mit Waffengewalt und wettet alles vor sich aus, was sich dem Proletariat entgegenstellt.

Die „Magdeburger Zeitung“ fügt hinzu, diese Nachrichten sind uns von unbedingt zuverlässiger Seite zugegangen, und wir erklären von vornherein, daß keine Abseugung der beteiligten Stellen die Richtigkeit dieser Mitteilung erschüttern wird.

#### Erklärung des deutschen Eisenbahnerverbandes.

Berlin, 27. Juli. Der in Berlin versammelte erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat einstimmig folgende Entschließung angenommen: Der Deutsche Eisenbahnerverband bekundet seinen ehrlichen Willen, am Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens nach Kräften mitzuwirken. Er hält das Ergebnis der Verhandlungen in Spa für wenig geeignet, die Wiederaufbauarbeit zu fördern. Der Deutsche Eisenbahnerverband wird in voller Solidarität mit den Bergarbeitern und den Transportarbeitern treuhaft sein, die in Spa unter äußerstem Druck von den deutschen Unternehmern eingegangenen Verpflichtungen nach Möglichkeit zu erfüllen. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen kann nur ermöglicht werden durch verändertes Entengesamten der Ententeregierungen, während jede Gehaltsmaßnahme das Gegenteil bewirken könnte und zwar nicht im Interesse der Lohnsträubungsbestrebungen, die in gewissen kapitalistischen Kreisen propagiert werden. Deshalb werde der Deutsche Eisenbahnerverband in geeigneter Weise seine ganze organisatorische Kraft solchen Bestrebungen entgegenstellen.

#### Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

##### „Nur wenn wir unser letztes tun.“

Köln, 27. Juli. „Revue Courant“ meldet aus London: Im Unterhaus erklärte Lord George in Erwiderung auf eine Anfrage betreffend den Zeitpunkt des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, in den nächsten Wochen werde es sich zeigen, ob es Deutschland mit der Erfüllung des Friedensvertrags ernst sei. Wenn Deutschland tatsächlich zeige, daß es sein letztes tun wolle, besonders um die Bestimmungen über die Entlohnung und die Kohlenlieferungen auszuführen, so werde er nicht daran, daß eine Einladung zum Beitritt zum Völkerbund in kürzester Zeit erfolgen werde.

#### Kranzösische Militärjustiz gegen Deutsche.

Köln, 27. Juli. (Privattele.) Vor dem französischen Kriegsgericht in Trier fand gestern die Hauptverhandlung gegen eine Reihe deutscher Staatsangehöriger, die in der Nacht des 31. Mai drei französische Soldaten durch tätlichen Angriff schwer verletzt hatten, statt. Der Staatsanwalt beantragte Todesstrafe. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu Zuchthaus, Zwangsarbeit und Landesverweisung.

#### Alliierte Lebensmittelvorschüsse.

Paris, 27. Juli. Agence Havas. Infolge der in Spa getroffenen Vereinbarung, die eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung der deutschen Bergleute zur Erzielung einer höheren Ausbeutung von Kohlen bezweckt, haben sich die alliierten Regierungen von Frankreich, England, Belgien und Italien bereit erklärt, gemeinsam Lebensmittelvorschüsse an Deutschland zu gewähren. Im Frankreich zu erhalten, seinen Verpflichtungen nachzukommen, da es selbst in erster Linie mit Kohlen beliefert wird, hat die Regierung heute einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Finanzminister ermächtigt, an dieser Operation teilzunehmen.

#### Zusammenkunft in Boulogne für Mer.

Paris, 27. Juli. Ministerpräsident Millerand hat sich heute morgen mit dem Sonderzug nach Boulogne für Mer begeben, wo er mit Lord George zu einer Konferenz zusammentritt. In Begleitung des Ministerpräsidenten befindet sich der Finanzminister. Gestern abend fand ein Ministerrat statt, dem auch Marshall Foch bewohnte. — Es ist anzunehmen, daß der Vorstoß der Sowjetregierung, mit den hauptsächlichsten Mächten an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, der Grund der Zusammenkunft in Boulogne für Mer ist.

#### Die Herrschaft der Sieger in unseren Kolonien.

Paris, 27. Juli. Ueber die Zulassung von Deutschen und die Behandlung des deutschen Eigentums, in dem unter der englischen Verwaltung der ehemaligen Schutzgebiete in Ostafrika und Togo liegt, ist eine Konferenz der englischen Regierung vor. In Ostafrika sollen demnach die noch im Lande verbliebenen Deutschen heimgeschafft und schließlich für eine gewisse Zeit keinen Deutschen die Niederlassung in dem Lande gestattet werden. Alle deutsche Besitzung wird liquidiert. In dem britischen Teile von Kamerun und Togo, in denen sich kein Deutscher mehr befindet, wird, abgesehen von Ausnahmefällen, Deutschen die Erlaubnis zur Niederlassung nicht erteilt. Das deutsche Eigentum soll verkauft werden.

#### Mehr der ausgewiesenen Deutschen.

Strasbourg, 27. Juli. In den letzten drei Monaten sind bereits über 4000 Deutsche nach Frankreich beim „Eisenbahnerverband“ ausgewiesen wurden. Bislang bemerkt dazu die „Strasbourg Freiheit“: Diese Tatsache wird manchen von ihnen eine „schlechte Nacht“ bereiten, die über Dinstertreten alle Webel in Bewegung setzen, um einen Kontrahenten oder persönlichen Feind loszuwerden, der ihm heute sein ehrliches Verhalten vorzuzulassen in der Lage ist.

#### Erzbischof Dr. Thomas Röber.

Strasbourg, 27. Juli. Erzbischof Dr. Thomas Röber ist heute nachmittags 6 Uhr jenseits entschlafen.

### Hebung der Produktion.

Von Gewerbelehrer C. Ged.

Bei allen sonstigen Meinungsverschiedenheiten besteht darin allgemeine Einigkeit, daß unsere wirtschaftliche Ohnmacht und Not nur durch Erhöhung der Produktion gebessert und beseitigt werden kann. Der wirtschaftliche Zusammenbruch, der Hunderttausende, ja Millionen unserer proletarischen Volksgenossen dem Hungertode überliefert würde, kann nur durch die Beseitigung der landwirtschaftlichen und gewerblich-industriellen Erzeugung verhütet werden. Beide Produktionsgebiete stehen in engstem Abhängigkeitsverhältnis zu einander. Die gewerblich-industrielle Produktion ist durch die landwirtschaftliche bedingt; denn infolge der Entwertung des deutschen Geldes im Ausland kann nur die landwirtschaftliche Inlandsproduktion die Grundlage der Ernährung sein. Wiederrum kann aber nur bei Verbesserung der Ernährung des hungergeschwächten gewerblich-industriellen Arbeiters von einer erhöhten Arbeitsleistung derselben die Rede sein. Bei der jetzigen mangelhaften Ernährung infolge der Knappheit der Lebensmittelrationen und bei den wahnwitzigen Preisen aller Lebensbedürfnisse besitzt der produktive Lähme auch bei bestem Willen nicht das physische Arbeitsvermögen zur Mehrleistung.

Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion sollte die Regierung seinerzeit durch einen teilweisen Abbau der „verhassten“ Zwangswirtschaft und durch eine „anreizende“ Preis- und Prämienspolitik bezwecken. Beide Mittel haben bekanntlich völlig verfehlt. Die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft führte einerseits zu einer profitierigeren Preissteigerung der freigegebenen Artikel, andererseits zu einer solch allgemeinen gesellschaftsverachtenden Durchbrechung und einem schamlosen Scheitern der Zwangswirtschaft, daß die Maßnahmen der Regierung dagegen wirkungslos blieben. Auch die „anreizende“ Preis- und Prämienspolitik der Regierung hat kein Fund Getreide und kein Tier Mist mehr auf den Markt gebracht. Die für unsere Volksernährung effektiv entscheidende landwirtschaftliche Produktion bleibt quantitativ weit hinter der Vorkriegszeit zurück. Zwecklos hatte die anreizende Preispolitik der Regierung eine Wirkung. Diese war aber keineswegs von ihr gewollt — die Beseitigung der landwirtschaftlichen Erzeuger zu immer höheren Forderungen wurde stark anereizt und die Landwirte verstanden durch Nichterfüllung ihrer Lieferungsverpflichtungen Zurückhaltung ihrer Produkte u. a. m. das Gesetz von Angebot u. Nachfrage zu meistern wie die ausgehöhlten Wägenarbeiter. Andererseits wurde auch die Regierung in der Festsetzung der Preise — gelinde gesagt — einseitig beraten, wie dieses bei der kürzlichen Erhöhung des Milchpreises der Fall war. Der allgemein festgesetzte Milchpreisaufschlag hat für die landwirtschaftlichen Gegenden mit Viehtrieb absolut keine Berechtigung und wurde darum auch von den dabei in Mitleidenschaft gezogenen Verbrauchern mit großer Erbitterung aufgenommen. Der Masse des Volkes ist es unverständlich, daß man in Parlamenten und Regierungen fortwährend von einem Preisabbau redet, währenddessen die Regierungen antilich Preisrückstellungen veranlassen und nicht den Mut haben, der Begehrtheit der Landwirte eine Schranke zu ziehen.

An der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zur Hebung unserer wirtschaftlichen Not hat die inalterliche Großlandwirtschaft gar kein Interesse. Dieser liegt vielmehr daran, diese Not noch zu vermehren. Dem agrarischen Junker ist die jetzige republikanische, demokratische Staatsform in tiefster Seele verhasst. Er lebt in dem Wahn, den Arbeiter durch die Hungerpreise so gefügig machen zu können, daß er selbst recht bald wieder in den Besitz der alten oligarchischen Macht und Herrschaft gelangen kann. Der Kleinlandwirtschaft steht infolge der eingetretenen Entwürdigung der Zwang zur Mehrproduktion über den Eigenbedarf. Der schuldenfreie Hof und die angesammelten Sparguthaben erweisen in dem Bauern Rentnergefühle, die dazu verleiten, die Grenzen seiner Produktion zu Gunsten eines weniger arbeitsschweren und mehr genutzreichen Lebens zu bestimmen. Die Erkenntnis, daß nach der Reichsüberfaltung „Eigentum verpflichtet“, hat bis jetzt in dem sozialen Köhnen der wenigsten Groß- und Kleinlandwirte lebendige Wurzeln geschlagen.

Unter diesen Gesichtspunkten kann zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und damit zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs nur eine großzügige Wirtschaftsgesetzgebung helfen, die eine planmäßige landwirtschaftliche Produktion sicherstellt. Derselbe hat in der rückwärtslosesten Bestimmung aller landwirtschaftlichen Produzenten zu gipfeln, wenn dieselben nicht nach Maßgabe ihrer Produktionsmöglichkeiten (Bodenfläche, Pflanzzeit usw.) ihre soziale und ethische Pflicht gegen Volk und Staat erfüllen.

Zur Hebung der gewerblich-industriellen Produktion hat die Regierung verheißungsvollere vorbereitende Maßnahmen getroffen. Die Sozialisierung der dazu reifen Produktionsgebiete nimmt trotz der gewaltigen Gegenarbeit des Kapitalismus ihren festeren Fortgang. Es wäre nur ein beschleunigteres Tempo zu wünschen, damit dem Volke der Segenseinfluß der Vergesellschaftung der Produktionsmittel bald in seinen Lebensbedingungen sichtbar wird. Durch das Betriebsrätegesetz wurde dem Arbeiter zunächst ideell eine Mitbestimmung am Produktionsprozeß erwirkt, was zweifellos bereits ein produktionsförderndes Moment bedeutet. Dasselbe würde aber gewaltig gesteigert werden, wenn in Folge der Ausbau des Betriebsrätegesetzes dahin erfolgen würde, daß die Arbeitererschaft auch materiell am Produktionsgewinn und damit selbstverständlich an der Hebung der gesamten Produktion interessiert wird. Man darf überzeugt sein, daß in diesem Augenblick auch die Arbeiterchaft das Stunden-

Seite 3.  
Ankuch...  
Melwein...  
4.20...  
Melmos...  
3.40...  
le Leere Flasche...  
1.00...  
Ferner...  
stmos...  
2.40...  
Ankuch...  
carnat...  
Klee...  
rohnmüller...  
g...  
Weine...  
gabe...  
Al...  
utz...  
zpunk...  
roibraun...  
ritz, Mainz



schonstem ablehnen würde, da dasselbe nicht nur die persönliche Tätigkeit unberücksichtigt läßt, sondern auch den Produktionsgewinn beeinträchtigt.

Zu diesen äußeren Maßnahmen zur Hebung der Produktion müssen aber eine Reihe innerer Bedingungen hinzutreten. Vor allen Dingen müßte eine Nationalisierung der Arbeitsverfahren auf der Grundlage der wissenschaftlichen Betriebslehre zur möglichst allgemeinen Einführung gelangen.

Unter den weiteren inneren Bedingungen steht in engem Zusammenhang mit der Nationalisierung der Arbeit die planmäßige Erziehung zur Arbeit, da nur in und bei einer solchen der Sinn für die Verantwortlichkeit der Arbeit entwickelt und gepflegt werden kann.

Das auch die Einführung des Arbeitszwanges, d. h. der zwanzmäßigen Verpflichtung aller Staatsbürger, volkswirtschaftliche Arbeit zu leisten, eine Produktionssteigerung bedingen würde, steht außer aller Frage.

Es ist ein bitterer Lohn auf unsere gegenwärtigen Wirtschaft- und Arbeitsverhältnisse, wenn von allen Seiten der Ruf nach Erhöhung der Produktion erschallt, während gleichzeitig nahezu eine halbe Million Arbeitswilliger nach Arbeitsbeschaffung sucht und täglich hunderttausende Paare an Arbeitslosenunterstützung bezogen werden müssen.

### Politische Uebersicht.

#### Ernährung und Sozialisierung.

Die B. Z. am Mittag meldet: Im Reichsernährungsministerium wurde die Beratung zur Herbeiführung einer besseren Ernährung unter dem Vorbehalt des Reichsernährungsministers Dr. Herms eröffnet.

#### Beim Lungen doktor.

Von Th. Thomas.

Unten an der Türe befindet sich ein ganz einfaches Schildchen:

**Dr. med. Schwarz**  
Spezialarzt für Lungen-Krankheiten.

In seinem Zimmer aber spielt sich so ziemlich der Menschheit ganzer Jammer ab. Hier sammelt sich wie in einem Riesendörrschrank das menschliche Elend, das zum Martyrium gesteigert, bei Dr. Schwarz Heilung sucht.

In den Augen von Dr. Schwarz fladert es immer unruhig auf, wenn er einen unter dem Strohhaube hat, den ein bißchen Butter, Milch und Sonne retten könnten, der aber wegen Mangel an diesen Sachen eingehen muß.

Hier findet man oft, wie die Menschen gesund sein wollen, nur um wieder in Verdienst und Arbeit zu kommen. Heute sitzt er nun schon geschlagene drei Stunden im Sprechzimmer. Noch immer flutet die Schar seiner Besucher nicht ab.

„Der nächste, bitte.“  
In sein durch doppelte Türen vom Wartezimmer getrenntes freundliches Zimmer tritt ein Arbeiter.

„Nun Trabold, wie ist es uns heute?“  
„Bedeutend besser, Herr Doktor. Ich kann, denke wohl morgen, wieder schaffen gehen.“

„Na, na, na! Muten Sie sich nur nicht zu viel zu. So, nun atmen Sie mal tief... noch tiefer. Geh's nicht mehr?“

Aufmerksam untersucht der Doktor den kranken Körper. Nach einer Pause:

„Nein nein, mein lieber Trabold, Sie gehen mir noch nicht wieder in die Gichtkammer. Sie müssen mir erst vollständig hergestellt sein.“

mandte sich zunächst der Frage der Verbesserung des Brotes und einer reichlicheren Beschaffung von Fleischwaren zu.

Raut „Lokalanzeiger“ hat der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats eine Resolution gefaßt, die von einer Kommission aus Persönlichkeiten der Großindustrie bis zur U.S.B. ausgearbeitet worden ist und dem Reichswirtschaftsrat unterbreitet werden wird.

**Landwirte gegen die Preisüberhöhung.**  
In weiteren landwirtschaftlichen Kreisen scheint sich die Ansicht durchzusetzen, daß die von der Reichsregierung festgesetzten Mindestpreise vielfach zu hoch sind.

**Landwirte!**  
Sichens der Reichsartoffelstelle sind 35 % für je 1 Zentner Kartoffeln festgesetzt.  
Dieser Preis ist zu hoch.  
Wir bitten deswegen alle, die bereit sind, ihre Kartoffeln nicht höher wie 25 % je Zentner zu verkaufen,

so bald direkt an den Verbraucher geliefert wird, ihren Namen mit un... diesen Aufzusa zu sehen.  
— Die Zeitung stellt den hierfür benötigten Raum zur Verfügung.

Was sagt der Reichsernährungsminister dazu? Will er auch für Kartoffeln, so wie es für Getreide geschehen ist, den sehr hohen Mindestpreisen noch ein weiteres Stöckchen aufsetzen, oder sucht er statt dessen, was quantitativer wäre, einen gangbaren Weg, aus der — meist unberechtigten, in ihren Wirkungen um so katastrophaleren Preisüberhöhung herauszukommen?

**Vom Mörder zum Goldhieber.**  
In Montreuil, einem Pariser Vorort, wurde ein Individuum verhaftet das sich mit dem Handel mit Silbergeld befahle.

**Unabhängige Negationspolitik.**  
Nach einer Meldung aus Dresden haben die Unabhängigen in der sächsischen Volkammer wiederum den Etat abgelehnt. Diese Ablehnung begründete der unabhängige Redner Abgeordneter Leibner, damit, daß sich im Vergleich zum alten Staat im neuen nichts wesentlich geändert habe.

**Byzantinische Speichellekerei.**  
Der „Donaubote“ meldet aus Donaueschingen schmerzlich folgende weltbewegende Tatsache:

„Seine Durchlaucht Prinz Max hat sich heute mit der hochgeborenen Gräfin Wilhelmine von Schönburg-Glauchau verlobt.“

Nachdem das Blättchen dann noch den goldhiebigen Hofkalender durchblättert hat, bringt es seine alleruntertänigsten Glückwünsche dar:

„Zu dieser Verlobung des zweiten Sohnes unseres Fürstenpaars sprechen wir herzlich Glückwünsche aus!“

Es ist wirklich höchste Zeit, daß mit dem Unfug vererbter fülllicher und sonstiger Titel ein Ende gemacht wird, sonst muß schließlich der eine und andere Schriftleiter zur Kaltwasser-

behandlung einer Pestalanstalt überwiesen werden. Dem Grundbesitzer und Großindustriellen Fürstenberg wird schließlich ein schlechter Dienst erwiesen, wenn seine Familie bezogen zum Gespött der republikanischen Mitbürger gemacht wird.

### Badische Politik.

**Die Einstufung der badischen Beamten in die Besoldungsordnung**

ist noch nicht vollendet. Seit über einer Woche abfließt der Haushaltsausfluß dieser schwierigen Arbeit und erst für das Arbeitsministerium, das Ministerium des Innern und das Unterrichtsministerium ist die Einstufung erfolgt.

Als Ergebnis der vieltägigen Beratungen dürfte u. a. zu betrachten sein, daß die seit einem Jahre in den meisten badischen Instituten und Ämtern durchgeführte ungeteilte Arbeitszeit nicht beibehalten werden kann.

### Soziale Rundschau.

**Der badische Gastwirteverband zum Achtstundentag und Preisabbau.**

In einer erweiterten Vorstandssitzung des Bad. Gastwirteverbandes wurde mitgeteilt, daß die Abstimmung der Wirtenschaft im Lande über die Verschmelzungfrage eine Entscheidung des Übertritts des Bad. Gastwirteverbandes zum Verband der Schank- und Gastwirte Deutschlands ergeben hat.

**Hauptversammlung des Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen.**

Im Anschlusse an die Tagung des Landesbauvereins trat am Sonntag der Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen zu seiner Hauptversammlung zusammen.

Der Reichsernährungsminister hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.

Die Reichsartoffelstelle hat die Reichsartoffelstelle eingerichtet, um die Preisüberhöhung zu verhindern.











Zu einer Demonstrationssammlung, die den Preis...
Amalienstr., Poststr. 3, 4.
Turnerschaft...
Kriegshinterbliebenen...
Wasserhahnen...
Anarbeiten...
Kaufmann...
Möbel...
Kaufmann...

großenshaft einen Reingewinn von 30 000 M hatte, wovon der...
Wegen übermäßiger Preissteigerung gelangte ein hiesiger...
Diebstahl. Aus einem Büro am Schloßplatz wurde am...
Kleine Nachrichten. München, 27. Juli. In einer in der Nähe von Rosenheim...
Berlin. Einer Münchener Meldung des 'Berliner Tageblatts'...
London, 27. Juli. Die Regierung hat das Verlangen der...
Valuta-Bericht vom 27. Juli. Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 14.40 Gts.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 28. Juli 1920.
Vereinsanzeiger.
Wasserstand des Rheins.
Bruchsaler Anzeigen.
Kartenausgabe.
Offenburger Anzeigen.
Einladung.
Die Ausgabe der Brot-, Lebensmittel-, Fett- und Milchkarten.

Dankfagung. Für die erzielte Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes Friedrich Salenjos, Dreher...

Daniels Konfektionshaus. Wilhelmstraße 34 - Fernsprecher 1846. empfiehlt zu Nettopreisen Jackenkleider Mk. 105, 125, 140 Ripsmäntel Mk. 198

Table with 2 columns: Name of goods (e.g., Rognold, Schokolade) and Price (e.g., 0.20 RM, 0.40 RM).

Bruchsaler Anzeigen. Kartenausgabe am Donnerstag, den 29. Juli 1920, von 8 bis 12 Uhr vormittags...

Reichsbund der Kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen. Drisgruppe Karlsruhe. Donnerstag, den 29. Juli 1920, abends 8 Uhr...

Mostfässer. weingrün und lackiert in jeder Größe gibt ab. Weinhandlung Homburger Kronenstr. 30 :: Karlsruhe.

Obst. Preisliste für Obst und Gemüse für die Zeit vom 27. Juli bis 2. Aug. 1920.

Offenburger Anzeigen. Einladung. Die verehel. Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu einer auf Freitag, den 30. ds. Mts., nachm. 3 Uhr in Bürgeraal...

Wasserhahnen repariert. W. W. Weß. Steinstr. 14, Tel. 4121.

Steuerfrei. Heilbienenmele getrockneten Heidelbeeren mit Zutat. Zur Zusammengärung mit Johannisbeeren, Stachel- und Heidelbeeren sehr zu empfehlen.

Raucherbank! Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Versuchsname Urania.

Die Ausgabe der Brot-, Lebensmittel-, Fett- und Milchkarten für die Zeit vom 2. August bis 29. August 1920 findet statt im Städt. Lebensmittelamt, Zimmer Nr. 4, Eingang Fischmarkt und zwar:

Wasserhahnen repariert. W. W. Weß. Steinstr. 14, Tel. 4121.

Frühkartoffeln. 35-36 Mark. Der Jentner ab Bahnhof. Der Vorstand. 4688

Baden-Baden. Sozialdemokratische Partei Baden-Baden. Donnerstag, 29. Juli, abends 8 Uhr, findet im 'Badreit' unsere General-Versammlung statt.

Die Ausgabe der Brot-, Lebensmittel-, Fett- und Milchkarten für die Zeit vom 2. August bis 29. August 1920 findet statt im Städt. Lebensmittelamt, Zimmer Nr. 4, Eingang Fischmarkt und zwar:

Kaufmann. Verkauf von Möbeln. Kaufmann. Kaufmann. Kaufmann.

Frühkartoffeln. 35-36 Mark. Der Jentner ab Bahnhof. Der Vorstand. 4688

Baden-Baden. Sozialdemokratische Partei Baden-Baden. Donnerstag, 29. Juli, abends 8 Uhr, findet im 'Badreit' unsere General-Versammlung statt.

Die Ausgabe der Brot-, Lebensmittel-, Fett- und Milchkarten für die Zeit vom 2. August bis 29. August 1920 findet statt im Städt. Lebensmittelamt, Zimmer Nr. 4, Eingang Fischmarkt und zwar:



**Neu eingetroffen:**  
Grosse Posten  
**Waschblusen, Kostümröcke  
Regenmäntel**  
zu ungewöhnlich billigen Preisen

Verkaufe solange Vorrat! Preise Netto!

**Waschblusen**, weiss und farbig, modernste Ausführung  
28.- 33.- 48.- 58.- 85.- 135.- Mk.

**Kostümröcke** in Wollstoff, mit Knopf- und Trossen-  
garnierung . 45.- 65.- 68.- 85 Mk.

**Regenmäntel**, imprägniert, in prima Ripstoff, Popeline  
und Covercoat . . . 375.- 295.- Mk.

Diese Angebote sind in meinen Schaufenstern ausgestellt.

Auf alle anderen Lagerwaren werden **30% Rabatt** vom ausgezeichneten Preis abgezogen.

**E. Neu Neffl.** Inhaber  
s. Michel-Bösen  
Marktplatz. 4671

**Öffentliche Aufforderung**

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zum Reichsnotopfer.

Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet:

1. a) die Angehörigen des Deutschen Reichs;  
b) Angehörige ausserdeutscher Staaten, die die deutsche Staatsangehörigkeit erst nach dem 31. Juli 1914 verloren haben, und Staatslose, die am 31. Dezember 1919 im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt gehabt haben;  
c) Angehörige ausserdeutscher Staaten, die sich am 31. Dezember 1919 im Deutschen Reich dauernd des Erwerbes wegen aufgehalten haben;

falls die zu a bis c Genannten am 31. Dezember 1919 allein oder mit ihrer Ehefrau ein Vermögen von 5000 Mark und darüber gehabt haben oder eine Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung erhalten.

2. die nachstehend Genannten, und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens:

- a) inländische Mitteleuropäische, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, Bergwerksvereine und andere Bergbau-relevante Vereinigungen, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsvereine, eingetragene Genossenschaften, deren Anteile auf mindestens 50 Mk. lauten, sowie Kreditinstitute;
- b) sonstige inländische juristische Personen; sonstige inländische Vermögensmassen, die nicht dem Vermögen anderer Abgabepflichtiger zugerechnet sind, insbesondere Stiftungen ohne juristische Persönlichkeit;
- c) die Eigentümer von inländischem Grund- und Betriebsvermögen oder diejenigen Personen, denen nach Artikel 297 i des Friedensvertrages eine Entschädigung gewährt worden oder zu gewährt ist.

3. wer zur Abgabe der Steuererklärung nach Nr. 1 und 2 verpflichtet zu vertreten hat.

Die Angehörigen des Deutschen Reichs, die sich bereits vor dem 31. Juli 1914 mindestens zwei Jahre ununterbrochen des Erwerbes wegen oder aus anderen zurechenbaren Gründen im Ausland aufgehalten haben, ohne einen Wohnsitz im Ausland zu haben, und noch am 31. Dezember 1919 im Ausland gewohnt haben, sind zur Abgabe einer Steuererklärung nur insoweit verpflichtet, als sie zu den oben unter 2 d bezeichneten Personen gehören. Diese Ausnahme findet jedoch keine Anwendung auf Reichs- und Staatsbeamte, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Ausland gehabt haben.

Die zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuerklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks

spätestens bis 28. August 1920

bei dem unterzeichneten Steuerkommissär einzureichen. Vordrucke für die Steuerklärung können von dem unterzeichneten Steuerkommissär bezogen werden, und zwar, soweit den Steuerpflichtigen Vordrucke nicht zugehört worden sind und es sich um die beiden ersten Stände handelt, kostenlos und, soweit weitere Stände verlangt werden, gegen Zahlung von 0,80 Mk. für jedes weitere Stück. Die Verpflichtung zur Abgabe der Steuerklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugehört worden ist.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf die Gefahr des zur Abgabe der Steuerklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Steuerkommissär während der Geschäftsstunden zu Protokoll entgegenommen.

Wer die Pflicht zur Abgabe der ihm obliegenden Steuerklärung verkennt, wird mit Geldstrafen zu der Abgabe der Steuerklärung angehalten; auch kann ihm ein Zwang bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer das Reichsnotopfer ganz oder teilweise hinterzieht oder zu hinterziehen versucht oder eine betrügerische Handlung seines Vorteils wegen begünstigt oder hierbei hilft oder wer seines Vorteils wegen Gegenstände, von denen er weiß oder anzunehmen muß, daß das Reichsnotopfer für sie hinterzogen ist, verheimlicht, absetzt oder

zu ihrem Abgang mittelst, wird mit Geldstrafe bis zum dreifachen Betrage der betreffenden Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt sowie die Beitreibung auf Kosten des Verurteilten bekanntgemacht werden. Verurteilungen, das bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer wahlweise verschwiegen wird, verfallen zugunsten des Reichs. Sonstige Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Gesetzes über das Reichsnotopfer oder die zugehörigen Verwaltungsbestimmungen können mit Ordnungstrafen bis zu 1000 Mk. geahndet werden.

Für die bis zum 30. Juni 1920 auf das Reichsnotopfer bezahlten Beträge (§ 41 des Gesetzes) werden 8 vom Hundert und für die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 bezahlten Beträge 4 vom Hundert als Vergütung gewährt. Die in dem § 30 des Gesetzes über das Reichsnotopfer vorgeschriebene 3prozente Verzinsung der Steuer vom 1. Januar 1920 ab hört für den durch die Zahlung gefälligen Betrag mit dem Tage der Einzahlung auf.

Karlsruhe, im Juni 1920. 2133

Der Steuerkommissär:

Karlsruhe-Stadt Karlsruhe-Land

**Verordnung über Frühdrusch**

(vom 30. Juni 1920).

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) und des 18. Aug. 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 823) und des § 10 der Verordnung über Frühdrusch vom 2. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 443) wird verordnet:

§ 1.  
Für Brotgetreide (Kornen, Weizen, Spelz, Dinkel, Fein-Emer und Einkorn) und Gerste aus der Ernte 1920 wird neben den gesetzlichen Höchstpreisen, wenn die Ablieferung vor dem 1. August 1920 erfolgt, ein Lieferungsauflage von 200 M. und wenn die Ablieferung vor dem 1. September 1920 erfolgt, ein Lieferungsauflage von 150 M. für die Tonne gesetzt.

Die Landeszentralbehörden können für Teile ihres Gebietes mit Rücksicht auf späte Ernte oder sonstige besondere, den Frühdrusch erschwerende Umstände mit Genehmigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die im Absatz 1 bestimmten Fristen um höchstens vier Wochen verlängern.

§ 2.  
Soweit Brotgetreide und Gerste aus der Ernte 1920 vor Inkrafttreten dieser Verordnung auf Grund der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 1028) abgeliefert worden ist, hat der Lieferer Anspruch auf Nachzahlung des bis zum 31. Juli geltenden Lieferungsauflages.

§ 3.  
Die Lieferungsauflage dürfen auf Antrag auch nach Ablauf der Fristen gezahlt werden, soweit die Ablieferung des rechtzeitig ausgedroschenen Getreides aus Gründen, die der Lieferer nicht zu vertreten hat und die außerhalb seines Betriebes liegen, nicht rechtzeitig hat erfolgen können. Der Antrag ist nur insoweit zulässig, als die Ablieferung innerhalb zwei Wochen nach Ablauf der Fristen erfolgt und nach gleichzeitiger mit der Ablieferung bei der Stelle gestellt werden, an die die Ablieferung stattfindet. Ueber Streitigkeiten entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Als höhere Verwaltungsbehörde gilt die auf Grund des § 74 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 bestimmte Behörde.

§ 4.  
Jeder Besitzer von landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und Betriebsmitteln aller Art, insbesondere Treibriemen und Rollen, sowie von Trocknungsanlagen ist verpflichtet, diese auf

Verlangen der zuständigen Behörde zum Zwecke der Frühernte und des Frühdruschs oder der Getreideordnung gegen eine angemessene Vergütung an dem von der zuständigen Behörde bestimmten Orte zur Verfügung zu stellen. In gleicher Weise sind Besitzer von Kraftwerken verpflichtet, ihre Einrichtungen, sowie den elektrischen Strom gegen eine angemessene Vergütung zur Verfügung zu stellen.

§ 5.  
Die nach § 4 zu gewährenden Vergütungen sind von dem Kommunalverbande zu zahlen, vorbehaltlich seines Rückgriffs gegen die Person, zu deren Gunsten die Benutzung erfolgt. Die Dreifachhöhe hat in allen Fällen der Unternehmer des landwirtschaftlichen Betriebs unmittelbar zu zahlen. Ueber die Höhe der Vergütung und der Dreifachhöhe entscheidet auf Antrag die untere Verwaltungsbehörde.

§ 6.  
Gegen die Verfügungen nach § 4 ist binnen 4 Tagen, gegen die Entscheidung nach § 5 Satz 3 binnen zwei Wochen Beschwerde zulässig. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub. Die Entscheidung über die Beschwerde ist endgültig.

§ 7.  
Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 8.  
Wer den nach §§ 4, 7 zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu achthundert Mark bestraft.

§ 9.  
Soweit der Frühdrusch bereits im Wege der Landesgesetzgebung gesichert ist, können die Landeszentralbehörden bestimmen, daß die Vorschriften der §§ 4 bis 8 keine Anwendung finden.

§ 10.  
Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die Verordnung über Frühdrusch vom 2. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 443) außer Kraft.

Karlsruhe, den 30. Juni 1920.  
Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.  
Dr. Hermes.

**Verordnung**

(vom 13. Juli 1920).

Zum Vollzug der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über Frühdrusch vom 30. Juni 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 1353) wird verordnet, was folgt:

§ 1.  
Landeszentralbehörde ist das Ministerium des Innern, zuständige Behörde und untere Verwaltungsbehörde das Bezirksamt.

Zur Befreiung der Beschränkungen gegen die Verfügungen nach § 4 oder die Entscheidung nach § 5 Satz 3 ist der Landeskommissär zuständig.

§ 2.  
Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die Verordnung vom 13. Juni 1917, Frühdrusch betr. (Gesetzbl. und Verordnungsblatt S. 201) außer Kraft.

Karlsruhe, den 13. Juli 1920. 2143  
Bad. Ministerium des Innern.  
Der Ministerialdirektor.  
Höhrenbach.

Vorliegendes bringen wir zur öffentlichen Kenntnis.  
Karlsruhe, den 20. Juli 1920. D.3. 231  
Bad. Bezirksamt.

**Zahle!**  
höchste Preise für Kleider, Uniformen, Schuhe, Hüte und Gardinen.  
E. Wehrh, Tel. 3930  
Eisenweinstr. 32. 4294

**Raucherdank!**  
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskummt umsonst.  
Institut Englbrecht  
Nürnberg 2., 90, Kapuzenstr. 2.

**Kragen**  
-Wäscherei  
**Schorpp**  
liefert schnellstens  
**Stärke-  
Wäsche**  
Annahmestellen:  
Karlsruhe:  
Ludwig-  
Wilhelmstr. 5.  
Kaiserstr. 34 u. 243  
Gerwigstrasse 46  
Amalienstrasse 15  
Waldstrasse 64  
Wilhelmstrasse 82  
Augustastrasse 13  
Schillerstrasse 13  
Kaiserallee 37  
Gabelsbergerstr. 1  
Rheinstrasse 13.  
Dgrlach: 611  
Hauptstrasse 15.

**Hausierer**  
(auch Frauen) für nachweislich leichtverdaulichen Artikel gesucht ebenfalls als Nebenbeschäftigung.  
Geant, Bachnerstr. 18, H. 11.

**Unterhaltener Kinder-  
Sportwagen mit Dach billig  
zu verkaufen.**  
4679  
Ettlingerstrasse 67, 2. St.

**Beifer Kinderwagen  
mit 250 Mk., zu vert.  
Baldhornstr. 49, S. 111c.**

**Geschäfts-Uebernahme.**  
Am 1. Juli ds. Js. ging das

**Kurhaus Wilhelmshöhe**  
20 Minuten vom Alb-  
talbahnhof Holzhof  
5 Minuten von der  
Stat. Waldkolonie

käuflich in meinen Besitz über und wurde von mir einer gründlichen Renovierung unterzogen. Als bewährter Fachmann glaube ich, allen gerechten Anforderungen zu entsprechen und halte deshalb mein Haus bestens empfohlen.

Gute, reinlich gehaltene **Fremdenzimmer** mit voller, auskömmlicher **Pension** zu angemessenen Preisen stehen noch zur Verfügung.  
**Küche und Keller** bieten in reicher Auswahl und Qualität gleich vorzügliches.  
**Terrassen-Restaurant** mit reizender Aussicht auf Ettlingen, die Rheinebene, Hardt und Vogesen. Vereinen und Gesellschaften stehen **große und kleine Säle** zur Verfügung.

Sonntags von 3 bis 8 Uhr  
**Ortsklassig. Künstler-Konzert**  
Eigentümer: **Karl Rödiger.**  
Telephon 57.

**Um die Hausbesitzer  
von Karlsruhe!**

Die Hauptstadt Karlsruhe besteht aus rund 5000 Wohnhäusern! Von den etwa 4000 Bewohnern dieser Häuser gehören ca. 8000 als Mitglieder dem Grund- und Hausbesitzerverein an. Dieser Verein bildet ein Schutz- und Trutzbündnis der Eigentümer dieses so wichtigen Bestandes der Stadtgemeinschaft. Von allen Seiten drohen diesem Besitz Gefahren und schwer kämpft der Verein und sein Vorstand gegen diese an. Erfolgreich kann dieser Kampf aber nur sein, wenn alle die Mittel zum Kampfen geben.

Es stehen heute noch rund 1000 Hausbesitzer von Karlsruhe untätig bei Seite. Wir bedürfen auch deren Hilfe! Wir bedürfen sie ganz besonders heute in einer Zeit, da die Sozialisierung des Hausbesitzes droht; da die Mietvereinigungen und Wohnungsämter sich vorwiegend einseitig auf die Seite der Mieter stellen, da die Steuern und öffentlichen Abgaben den Grund- und Hausbesitz besonders schwer belasten.

Die Gemeindeverwaltung und die Regierung machen uns mit Recht den Vorwurf, daß nicht alle Hausbesitzer hinter uns stehen. Gehört wird eben nur der Starke, der weiß, daß er für alle spricht. Diese 1000 Hausbesitzer schwächen unsere Kraft! Sie können diese aber stärken, ja verdoppeln, wenn sie mit uns kämpfen!

So geht denn unser Ruf an diese Hausbesitzer! Tretet dem Verein bei, beteiligt Euch mit dem geringen Beitrag an dem zum erfolgreichen Kampfe notwendigen Mitteln! Schickt durch Euren Vertreter die Kraft unserer Bestrebungen und helft damit, unsere gute Sache erfolgreich zu vertreten und unser kostbares Eigentum zu schützen! Der Verein bietet seinen Mitgliedern nicht nur wirtschaftliche Vorteile, die die Höhe des Beitrages weit überwiegen, er leistet auch wertvolle Hilfe in allen den Grund- und Hausbesitz betreffenden Angelegenheiten.

Anmeldungen durch Postkarte an die Geschäftsstelle: Herrentrage. 4674

**Grund- u. Hausbesitzerverein Karlsruhe e.V.**  
Mitglied des Verbandes Badischer Grund- und Hausbesitzer-Vereine und des Zentralverbandes Deutscher Grund- und Hausbesitzer-Vereine.

Der Vorstand.

Für die Einfuhr von fleischem Fleisch in die fleischige Stadt sind die Bestimmungen der vertriebsrechtlichen Schlachtvieh- und Fleischbeschauordnung der Stadt Karlsruhe vom 28. 8. 1914 maßgebend. Insbesondere sind die §§ 13, 14 und 16 zu beachten.

Hiermit muß das eingebrachte Fleisch sobald nach seinem Einbringen in die Stadt und gegen weitere Verfügun darüber getroffen wird, in den Schlachtstuf gebracht und dem fleischbeschauner zur Befähigung vorgezeigt werden.

Dieses Einbringen in den Schlachtstuf kann zu den Tagesstunden stattfinden, in welchen der Schlachtstuf am Schlachten geöffnet ist. Als Ausweis für die statgefundene Beschau erhält das Fleisch einen besonderen Kontrollstempel.

Vom Untersuchungsamt ist nur das von Privatpersonen welche Metzger, Wirte, Köche, überhaupt Verkäufer von Fleisch nicht gelten, zum eigenen Gebrauch eingebrachte Fleisch befreit, sofern es im einzelnen Fall das Quantum von 10 kg nicht übersteigt.

Karlsruhe, den 20. Juli 1920. 2138  
Bürgermeisteramt.

**Rein feil**  
Barfisch  
des Reichs  
als ob die  
tum des  
herber  
Rein feil

**Englisch**  
Danzig,  
möglicher  
ren Rumio  
sprechung  
Transport-  
es nicht aus  
Arbeiter

**Di**  
nationaler  
Verständnis  
die Konferenz  
wissen im  
handen sind  
kann daher  
land erdrück



**Deleg**  
Besuchsreis-  
Abteilung in  
wegen 4.80 M.

**Ein un**  
B.B. A.  
schen Partei-  
entschieden  
Konferenz in  
Standat an,  
Berei zu er  
berliche Post  
land unter  
bebe. Nach  
stieren für  
demokratis  
die die sozial

Wenn di  
feil diesen  
in Genf er  
deutsche So  
keine andere  
Sozialisten  
das Vaterlan  
die deutsche  
losten Kam  
monie des  
weiter, wer  
Daß wir un  
delten, maq  
sich, daß d  
von der zw  
schen Politik  
von der Krie  
mischen den  
brüden juch  
die Gleich  
müssen von  
muß, als d  
am Kriege  
aus dem Ch

B.B. A.  
Hier liegen  
nach in gef  
in den letz  
emacht.

**Barfisch**  
Die vierle  
Eisenbahnl  
werden un-  
Küfies auf  
die Weg  
von Kruid  
lungen durch  
Baly-Des  
Truppen des  
Kampfe den  
ganzen Tage  
Borja-Batun  
Stiele an.  
Regenzeit  
mehrfachen  
Angriffe des  
nativen bei  
griff des  
schändlich  
Kore und  
menberg mit  
anerer poln  
Ordnung ge

**Rein feil**  
Barfisch  
des Reichs  
als ob die  
tum des  
herber  
Rein feil

**Englisch**  
Danzig,  
möglicher  
ren Rumio  
sprechung  
Transport-  
es nicht aus  
Arbeiter

**Di**  
nationaler  
Verständnis  
die Konferenz  
wissen im  
handen sind  
kann daher  
land erdrück

**Rein feil**  
Barfisch  
des Reichs  
als ob die  
tum des  
herber  
Rein feil

**Englisch**  
Danzig,  
möglicher  
ren Rumio  
sprechung  
Transport-  
es nicht aus  
Arbeiter

**Di**  
nationaler  
Verständnis  
die Konferenz  
wissen im  
handen sind  
kann daher  
land erdrück

**Rein feil**  
Barfisch  
des Reichs  
als ob die  
tum des  
herber  
Rein feil

**Englisch**  
Danzig,  
möglicher  
ren Rumio  
sprechung  
Transport-  
es nicht aus  
Arbeiter

**Di**  
nationaler  
Verständnis  
die Konferenz  
wissen im  
handen sind  
kann daher  
land erdrück

**Rein feil**  
Barfisch  
des Reichs  
als ob die  
tum des  
herber  
Rein feil

**Englisch**  
Danzig,  
möglicher  
ren Rumio  
sprechung  
Transport-  
es nicht aus  
Arbeiter

**Di**  
nationaler  
Verständnis  
die Konferenz  
wissen im  
handen sind  
kann daher  
land erdrück

**Rein feil**  
Barfisch  
des Reichs  
als ob die  
tum des  
herber  
Rein feil

**Englisch**  
Danzig,  
möglicher  
ren Rumio  
sprechung  
Transport-  
es nicht aus  
Arbeiter

**Di**  
nationaler  
Verständnis  
die Konferenz  
wissen im  
handen sind  
kann daher  
land erdrück

**Rein feil**  
Barfisch  
des Reichs  
als ob die  
tum des  
herber  
Rein feil

**Englisch**  
Danzig,  
möglicher  
ren Rumio  
sprechung  
Transport-  
es nicht aus  
Arbeiter

**Di**  
nationaler  
Verständnis  
die Konferenz  
wissen im  
handen sind  
kann daher  
land erdrück

**Rein feil**  
Barfisch  
des Reichs  
als ob die  
tum des  
herber  
Rein feil

**Englisch**  
Danzig,  
möglicher  
ren Rumio  
sprechung  
Transport-  
es nicht aus  
Arbeiter

**Di**  
nationaler  
Verständnis  
die Konferenz  
wissen im  
handen sind  
kann daher  
land erdrück

**Rein feil**  
Barfisch  
des Reichs  
als ob die  
tum des  
herber  
Rein feil